Einfache Anfrage Bachmann-St.Gallen vom 14. September 2009

Organisation des Vermittlungsdienstes für interkulturelle Übersetzungen (Verdi)

Schriftliche Antwort der Regierung vom 27. Oktober 2009

Bernadette Bachmann-St.Gallen stellt in ihrer Einfachen Anfrage vom 14. September 2009 verschiedene Fragen zur Sicherung der Zukunft des Vermittlungsdienstes für interkulturelle Übersetzungen (Verdi).

Die Regierung beantwortet die Fragen wie folgt:

1. Die Wichtigkeit eines Vermittlungsdienstes wird als hoch eingeschätzt. Die seit Beginn steigende Nachfrage belegt die Notwendigkeit des Angebots. Diese Tendenz lässt sich laut Statistiken des Bundesamtes für Migration schweizweit feststellen. Durch die Zuwanderung in den letzten Jahrzehnten ist die Kantonsbevölkerung vielsprachiger geworden. Von Migrantinnen und Migranten wird erwartet, dass sie Deutsch lernen. Der Spracherwerb braucht Zeit und gelingt auch nicht allen Zugewanderten in gleichem Masse. Dolmetschende ermöglichen Fremdsprachigen, die für die Kommunikation in komplexen oder emotional belastenden Situationen noch zu wenig Deutsch sprechen, die Verständigung mit öffentlichen und privaten Institutionen. Der Umgang mit der gesellschaftlichen Vielfalt ist auch für Amtsstellen wichtig. Dabei ist ein Beizug von Dolmetschenden oft notwendig: Spitalaufenthalte, Elterngespräche in Schulen oder Beratungen in der Sozialhilfe setzen ein gutes Verständnis des Gegenübers voraus. Der Einsatz von Übersetzenden ist deshalb heute ein unabdingbares Element der Kundenorientierung und der Qualitätssicherung kantonaler und kommunaler Dienste.
2. und 3. Eine mögliche Zusammenführung der Dienste oder eine gemeinsame Ausschreibung der Vermittlungsdienste wurde mit Integrationsdelegierten aus den Kantonen Schaffhausen und Thurgau bereits vor eineinhalb Jahren geprüft, zum damaligen Zeitpunkt aufgrund der bestehenden Leistungsvereinbarungen mit privaten Trägern jedoch als nicht realisierbar betrachtet. In der Ostschweiz wurden 2008 folgende Stundenzahlen vermittelt: Verdi St.Gallen 4489, Schweizerisches Arbeiterhilfswerk SAH Schaffhausen 3011, Caritas Graubünden 843 und Caritas Thurgau 737. In den beiden Appenzeller Halbkantonen und im Kanton Glarus existiert kein Angebot an interkulturellen Übersetzungen. Alle diese Dienste liegen von ihrer Grösse her unterhalb der kritischen Grösse. Die Regierung ist daher bereit, die Frage einer gemeinsamen Ausschreibung eines Ostschweizer Dolmetschervermittlungsdienstes näher zu prüfen. Dafür ist die Ostschweizer Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK-Ost) das richtige Organ.
4. Eine Zusammenlegung der beiden Dolmetschendienstes wurde schon zu einem früheren Zeitpunkt geprüft. Da die beiden Dienste verschiedene Anforderungen an die Übersetzenden stellen, wurde damals davon abgesehen. Eine Zusammenführung könnte nur unter dem Dach des Staates stattfinden, da die Dolmetschendienstes für Polizei, Gerichte und Staatsanwaltschaft als hoheitliche Dienste nicht ausgelagert werden können.
5. Die sechs Kantone Luzern, Nidwalden, Obwalden, Schwyz, Uri und Zug haben einen gemeinsamen Vermittlungsdienst aufgebaut. Seit Januar 2006 führt die Caritas Luzern im Auftrag der Zentralschweizer Regierungskonferenz (ZRK) die Fachstelle. Das Zentralschweizer Modell bewährt sich. Die Strukturkosten konnten gesenkt werden und sind heute im interkantonalen Vergleich sehr tief.